Deutscher Bundestag **Drucksache 18/8874**

18. Wahlperiode 22.06.2016

Antrag

der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, Ulle Schauws, Katja Dörner, Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Özcan Mutlu, Dr. Franziska Brantner, Doris Wagner, Maria Klein-Schmeink, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Luise Amtsberg, Britta Haßelmann, Dr. Konstantin von Notz, Claudia Roth (Augsburg), Corinna Rüffer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jung, queer, glücklich in die Zukunft – Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Jugendliche stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Situation von queeren, das heißt lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechlechtlichen (LSBTI) Jugendlichen ist nach wie vor schwierig. Ob im Elternhaus oder in der Schule und auch im öffentlichen Raum – Diskriminierungserfahrungen gehören für sie zum Alltag. Immer noch sind sie Ausgrenzung, Pöbeleien und auch Gewalt ausgesetzt trotz vielfacher gesellschaftlicher Veränderungen und Verbesserungen von rechtlichen Rahmenbedingungen.

Bislang gab es für Deutschland keine umfassenden aussagekräftigen Daten zu queeren Jugendlichen. Letztendlich gab es keine verlässlichen Informationen zu Lebenssituation, Coming-out-Verläufen und Diskriminierungserfahrungen. Dieser wichtige Bereich der Jugendpolitik war – zumindest in Deutschland – ein weißer Fleck auf der Landkarte.

Besonders vernachlässigt werden inter- und transsexuelle Jugendliche, deren Situation durch ein weitgehendes „Leben in einer Tabuzone“ noch schwieriger ist. Sie werden mit ihren Fragen und Problemen oft lange allein gelassen oder im Fall von intersexuellen Kindern – ohne ihre Einwilligung unnötigen und irreversiblen medizinischen Maßnahmen unterzogen, wie zivilgesellschaftliche Organisationen berichten.

Bereits 2005 hat die rot-grüne Koalition einen Bundestagsbeschluss (Bundestagsdrucksache 15/5691) gefasst, wonach die Bundesregierung eine Bestandsaufnahme zur Lebenssituation schwuler und lesbischer Jugendlicher durchführen solle. Trotzdem vergingen sieben Jahre, bis endlich gehandelt und das Deutsche Jugendinstitut (DJI) mit der Durchführung einer Pilotstudie (Lebenssituationen und Diskriminierungserfahrungen von homosexuellen Jugendlichen in Deutschland, 2013) beauftragt wurde.

Im November 2015 veröffentlichte das DJI die Ergebnisse der Studie „Coming-out und dann…?!“, die direkt an die Pilotstudie anschloss und sich mit der Lebenssituation von LSBT -Jugendlichen beschäftigt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Coming-out-Verläufen und Diskriminierungserfahrungen dieser jungen Menschen.

Zentrales und alarmierendes Ergebnis der Studie ist, dass Diskriminierung tatsächlich immer noch eine hohe Alltagsrelevanz bei den befragten Jugendlichen hat und zwar sowohl die erlebte, als auch die befürchtete. So haben 82 % aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer und sogar 96 % der Trans-Befragten Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Zugehörigkeit erlebt. Häufig findet Diskriminierung in der Öffentlichkeit statt und zwar an scheinbar ganz „neutralen“ Orten, wie im Nahverkehr, auf der Straße, in Fußgängerzonen oder im Freizeitbereich (Clubs/Bars oder Schwimmbad). Als weitere relevante Orte wurden das Internet, Behörden, der medizinische Bereich aber auch die eigene Familie ausgemacht (Coming-out – und dann…?!, Deutsches Jugendinstitut 2015).

Darüber hinaus ist Schule als ein zentraler Lebensmittelpunkt von Jugendlichen immer noch sehr häufig ein homo- und transphober Bereich. Schimpfwörter wie „schwule Sau“, „Scheiß-Transe“ oder „lesbische Kuh“ kursieren auf Schulhöfen und unter Jugendlichen wieder vermehrt.

Zudem fehlt es queeren Jugendlichen häufig an gesellschaftlichen Vorbildern und Bezugspersonen, an denen sie sich orientieren können, was zurückzuführen ist auf eine immer noch stark verbreitete Tabuisierung in der Gesellschaft und auch in den Medien, in denen queere Role-Models nach wie vor fast keine Rolle spielen und schlichtweg nur selten oder – im Fall von trans- und intergeschlechtlichen Personen – gar nicht vertreten sind. Gerade in ländlichen Räumen fühlen sich diese Jugendlichen daher häufig isoliert und allein gelassen.

Auch lesbische und bisexuelle Mädchen müssen in ihrem Coming-out Prozess nahezu ohne Vorbilder leben. Verbände und psychosoziale Beratungsstellen weisen schon seit Jahrzehnten auf das Phänomen hin: Lesbische Mädchen und Frauen sind gesellschaftlich und medial oft bis zur Unsichtbarkeit marginalisiert. Auch innerhalb der queeren Community werden sie teilweise von den extrovertierten und sichtbaren Männern verdrängt. Dies ist auch eine Folge gesellschaftlicher Machtstrukturen, die immer noch männlich dominiert sind. Während bei den Begriffen „homosexuell“ und „queer“ häufig automatisch an „schwul“ gedacht wird, ist Lesbisch-Sein oft nur eine Randnotiz. Lesben sind immer noch deutlich weniger im alltäglichen gesellschaftlichen Kontext, medial und in öffentlichen Ämtern und Führungsebenen repräsentiert. Lesbische und bisexuelle Mädchen brauchen, um öffentlich sichtbarer werden zu können und um sich als Teil der Gesellschaft verstehen und eine eigene Identität entwickeln zu können besondere Unterstützung. Es bedarf hier einer strukturellen Stärkung.

Das innere und äußere Coming-Out verläuft für viele LSBTI-Jugendliche problematisch und wird als große emotionale Herausforderung empfunden. In der Forschung gelten sie als Gruppe, die oft mit erhöhten psychosozialen Belastungen zu kämpfen hat. Die Jugendzeit, ohnehin schon eine sensible Phase, ist für queere Jugendliche also oft zusätzlich schwierig, fordert Mut und braucht Unterstützung. Als Beispiele für die große Belastung werden immer wieder familiäre Konflikte bis hin zum Verlust des Elternhauses (Flucht oder Verweis) als auch Mobbing und Gewalt unter Gleichaltrigen aufgeführt. Schule und Elternhaus gelten auch in europäischen Vergleichsstudien als die beiden Orte, an denen queere Jugendliche am häufigsten Diskriminierungserfahrungen machen. (Kapitel 5.2., Social exclusion of young lesbian, gay, bisexual and transgender (LGBT) people in Europe, Judit Takács ILGA-Europe and IGLYO, 2006). Deshalb ist es wichtig in Beratungsstellen für LSBTI-Jugendliche auch entsprechende Angebote für Eltern anzubieten.

All das bleibt nicht ohne Folgen: Das Suizidrisiko queerer Jugendliche ist gegenüber heterosexuellen Altersgenossen signifikant – um das Vier- bis Sechsfache – erhöht

(vgl. Ulrich Klocke, Homophobie und Transphobie in Schulen und Jugendeinrichtungen, 2016; Martin Plöderl et al.: Explaining the Suicide Risk of Sexual Minority Individuals by contrasting the Minority Stress Model with Suicide Models, 2014).

Studien aus den USA, Kanada und Großbritannien (LGBT Youth Homelessness: a UK National Scoping of Cause, Prevalence, Response, and Outcome / The Albert Kennedy Trust (AKT), 2015) belegen zudem, dass unter obdachlosen Jugendlichen besonders viele queere Jugendliche, nämlich rund 25 %, zu finden sind.

Für Deutschland liegen bedauerlicherweise für diesen Bereich keinerlei Daten in Form von empirische Untersuchungen vor, allerdings wird auch in der Pilotstudie des DJI auf diese Problematik hingewiesen.

Dass mehr als zehn Jahre vergangen sind, bis die Hauptstudie über die Lebenssituation von LSBTI-Jugendlichen nun vorliegt, zeigt auch die mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung sowohl unter Schwarz-Gelb, als auch in der großen Koalition, sich dieser Thematik wirklich konsequent und umfassend anzunehmen. Obwohl 5 bis 10 % der Jugendlichen nicht heterosexuell oder nicht in Übereinstimmung mit ihrem zugewiesenen Geschlecht leben, bleiben ihre Belange und Lebenslagen immer noch vielfach unbeachtet oder ausgeblendet.

Zivilgesellschaftliche Initiativen haben, unterstützt von einzelnen Bundesländern, vorbildliche Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation queerer Jugendlicher aufgebaut. So riefen z. B. im Jahr 2008 die Schulaufklärung SchLAu NRW und die Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben und Schwule die Initiative „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“ ins Leben, die mittlerweile sowohl in der Hochschulausbildung als auch in der Weiterbildung engagiert ist. Im NRW-Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie bilden Schule und Jugendarbeit wichtige Schwerpunkte, die sich auch im Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen-Akzeptanz für queere Lebensweisen“ wiederfinden. An solche vorbildlichen Initiativen sollte die Bundesregierung anknüpfen. Die vielfältigen Formen der Selbstorganisation queerer Jugendlicher stärken ihre Autonomie und Selbstbestimmung („Empowerment“). Deren Koordination sollte ebenso verstärkt von Bundesebene gefördert werden wie Netzwerke der queeren Bildungs- und Jugendarbeit. Diese Landesinitiativen müsse von der Bundesregierung aufgegriffen/zum Vorbild genommen werden, da es für Jugendliche, Heranwachsende und Fachkräfte nicht vom jeweiligen Wohnort abhängen darf, ob sexuelle Vielfalt wertgeschätzt wird.

Wichtig ist, dass queere Jugendliche zukünftig unter verbesserten Rahmenbedingungen aufwachsen können. Alle Jugendlichen haben unabhängig von ihrer sexuellen/geschlechtlichen Identität ein Recht auf individuelle Förderung und bestmögliche Bedingungen zur Persönlichkeitsentwicklung. Für die junge Generation von Lesben, Schwulen, Trans, Bi- und Intergeschlechtlichen sind gleiche Teilhabe sowie die Sichtbarkeit, Anerkennung und Wertschätzung unerlässlich. Auch diese Jugendlichen sollen selbstbestimmt, angst- und diskriminierungsfrei leben können.

Diskriminierungsfreies Aufwachsen für alle Jugendlichen zu ermöglichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich die Bundesregierung, die Länder, die Zivilgesellschaft und auch Schulen, Jugendeinrichtungen und Verbände stellen müssen. Das ergibt sich auch aus der UN-Kinderrechtskonvention, insbesondere aus Artikel 2 (Diskriminierungsverbot) und Artikel 8 (Identität), Artikel 23 (Recht auf Bildung) und Artikel 29 (Bildungsziele), zu deren Umsetzung und Einhaltung sich Deutschland verpflichtet hat.

Die Studie des DJI liefert nun endlich verlässliche Daten und Fakten zur Situation von LSBT-Jugendlichen, die ganz klar politischen Handlungsbedarf aufzeigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Aufklärungskampagne

   Eine bundesweite Aufklärungskampagne speziell für die Zielgruppe der Jugendlichen zu starten, die in jugendgerechter Form über die Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechtsidentitäten informiert sowie bezüglich Homo- und Transphobie sensibilisiert.

2. Aktionspläne

2.1. Einen bundesweiten Aktionsplan für Respekt und Vielfalt, der Maßnahmen gegen Homophobie und Transphobie vorsieht, vorzulegen.

2.2. Auf die Bundesländer einzuwirken, Aktionspläne gegen Homophobie und Transphobie auf Landesebene aufzustellen, die die Belange junger Menschen angemessen berücksichtigen, sofern dies in den einzelnen Ländern noch nicht geschehen ist.

2.3. Auf die Bundesländer einzuwirken, geschlechtliche Vielfalt und Diversity in den Lehr- und Bildungsplänen für Schulen und die frühkindliche Bildung fest zu verankern – falls noch nicht geschehen – und die heteronormative Ausrichtung der Schulbücher zu beenden (vgl. Melanie Bittner: Geschlechterkonstruktionen und die Darstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* (LSBTI) in Schulbüchern, 2012).

3. Unterstützungsangebote

3.1. § 9 SGB VIII (Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen) dahingehend zu ergänzen, dass die Kinder- und Jugendhilfe bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben Kinder und Jugendliche auch bei der Entwicklung der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität unterstützt.

3.2. Die bundesweite Vernetzung von Schulaufklärungsprojekten über den Bundesjugendplan dauerhaft strukturell zu verankern. Durch eine Koordinierungsstelle des Antidiskriminierungsnetzwerks „Schule der Vielfalt“ können beispielsweise in möglichst vielen Bundesländern Best-Practice-Schulen gefördert werden und dadurch gegen Homo- und Transphobie sensibilisieren.

3.3. Die Pädagogik der Vielfalt in der zweiten Förderphase der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung des BMBF stärker zu berücksichtigen.

3.4. Gemeinsam mit den Ländern die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und Fachkräften der Jugendhilfe um Kompetenzen zur aktiven Unterstützung von LSBTI- Jugendlichen und Antidiskriminierungsarbeit zu entwickeln, auszubauen und flächendeckend umzusetzen. Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität müssen in ihrer Vielfalt Teil der Ausbildung von pädagogischem und medizinischem Fachpersonal werden.

3.5. Eine Koordinierungsstelle für Projekte und Vernetzungsarbeit für lesbische und bisexuelle Mädchen auf Bundesebene einzurichten, um deren speziellen Belange stärker in den Blick zu nehmen.

3.6. Pilotprojekte für obdachlose queere Jugendliche sowie Jugendliche, die in Krisensituationen Schutzräume suchen, zu initiieren.

3.7. Angebote zur Sensibilisierung von sportpädagogischem Personal im Umgang mit Jugendlichen im Coming-Out zu entwickeln und verstärkt anzubieten.

4. Queer mit Migrationsgeschichte

4.1. Pilotprojekte für queere Jugendliche mit Migrationsgeschichte in den relevanten Fremdsprachen zu unterstützen.

4.2. In Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen die Aufklärungsarbeit über Menschenrechte und Vielfalt der sexuellen Identitäten auch in Migrationscommunities zu verstärken und in einem ersten Schritt die Broschüren der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die sich mit den Bereichen sexuelle Identität bei Jugendlichen beschäftigen, in den wichtigsten Migrationssprachen in Deutschland zu veröffentlichen.

4.3. Die bundesweiten Integrationskurse verbindlich und strukturell durch Information und Aufklärung zu Lebensweisen von LSBTI zu ergänzen.

5. Trans-Jugendliche

5.1. Das Transsexuellengesetz zu reformieren, indem Änderung der Vornamen und Berichtigung des Personenstands beim Standesamt auf Antrag ohne erniedrigende „pseudowissenschaftliche" Begutachtung ermöglicht werden und bei einem vorsätzlichen und beharrlichen Verstoß gegen das Offenbarungsverbot eine strafbewehrte Ordnungswidrigkeit verhängt werden kann.

5.2. Sich in den internationalen Gremien für die Entpathologisierung der Transsexualität einzusetzen.

5.3. Organisationen, die Trans-Menschen beraten und ihre Interessen vertreten finanziell zu unterstützen.

6. Intergeschlechtliche Kinder und Jugendliche

6.1. Sicherzustellen, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen ohne deren ausdrückliche Einwilligung nicht mehr durchgeführt werden.

6.2. Dafür Sorge zu tragen, dass intergeschlechtliche Jugendliche über die an ihnen vorgenommenen medizinischen Maßnahmen umfassend informiert werden und an der Wahl der Therapie beteiligt werden.

6.3. In Gesprächen mit Ländern und Kammern auf eine verbesserte Berücksichtigung der Belange intergeschlechtlicher Menschen bei der medizinischen Aus- und Fortbildung hinzuwirken.

6.4. Ein digitales Vernetzungs- und Informationsportal/Wissensnetz für intersexuelle Menschen und deren Angehörige aufzubauen.

6.5. Die bisher zum größten Teil auf ehrenamtlicher Basis arbeitenden Organisationen von intersexuellen Menschen und deren Angehörigen finanziell zu unterstützen.

7. Forschung

7.1. Dem Deutschen Bundestag alle vier Jahre eine Studie zur Lebenssituation lesbischer, schwuler, bisexueller, trans- und intergeschlechtlicher Jugendlicher vorzulegen. In diesem Rahmen wird ein regelmäßiges Monitoring der Lebenssituation ermöglicht, das auch die besondere Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund berücksichtigt. Dadurch könnten zudem dauerhaft und regelmäßig unterschiedliche Themen, die die Situation von LSBTIQ-Jugendlichen betreffen, schwerpunktmäßig erforscht werden. Denkbar wären hier Fragen von Partnerschafts- wie Familienvorstellungen, psychische Erkrankungen/Suizidalität, Freizeitverhalten und Wiederholungsbefragungen im Sinne von Längsschnittuntersuchungen, die Veränderungen in den Lebensbedingungen oder z. B. bezüglich Coming-out/Diskriminierungserfahrungen sichtbar machen.

7.2. Den Forschungsstand über die Verankerung queerer Inhalte in Schulbüchern zu verbessern und eine entsprechende Studie in Auftrag zu geben.

7.3. Eine Studie zu Obdachlosigkeit unter queeren Jugendlichen bis Ende 2017 vorzulegen.

Berlin, den 21. Juni 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333